

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

EXTRABLATT ZUM 1. MAI 1979

STATT NATIONALER SOZIALPARTNERSCHAFT: INTERNATIONALER KLASSENKAMPF!

PROLETARIER!

Neunzig Jahre sind vergangen, seitdem die Arbeiterbewegung den 1. Mai zum internationalen Solidaritätstag aller Arbeiter gemacht hat. Die Wahl fiel auf den 1. Mai zum Andenken an die Märtyrer von Chicago, die an der Kampffront des 8-Stunden-Tages gefallen waren.

Seit jener weit zurückliegenden Zeit hat sich die Technik enorm entwickelt. Ihre Anwendung in der kapitalistischen Großindustrie feierte stürmische Fortschritte. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte verzeichneten ein gewaltiges Wachstum und sind immer mächtiger geworden. Die ganze Erde trat in den „Genuß“ der so gepriesenen Errungenschaften des Kapitalismus. Für die Arbeiterklasse hat aber dieser Siegeszug der bürgerlichen „Zivilisation“ alles andere bedeutet als Befreiung von der Arbeitslast, der Angst um die Existenz und der Not.

Internationale Presse

il programma comunista
EL PROGRAMA COMUNISTA
EL COMUNISTA
Communist Program
le prolétaire
programme communiste
EL PROLETARIO
el-oumami

Kommunistisches Programm

Theoretische Zeitschrift
der IKP

Nr. 21 März 1979

- Die Laufbahn des Weltimperialismus. Die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.
- Der Terrorismus und der schwierige Weg der allgemeinen Wiederaufnahme des Klassenkampfes.
- Nicaragua: Lehren eines niedergeschlagenen Aufstands.
- Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran (2. Teil).

Neunzig Jahre sind vergangen. Während aber für Millionen und Millionen Proletarier der 8 Stunden nach wie vor ein unerreichtes und fernes Ziel sind, bildet der 8-Stunden-Tag in den meisten Ländern, wo er durchgesetzt wurde, nach wie vor eine Grenze, die man nicht überschreiten konnte, als ob ein fürchterliches Gesetz die Arbeiterklasse daran hindern würde. In den Ausnahmefällen, in denen die Arbeiterklasse durch harte Kämpfe eine Kürzung des Arbeitstages auf weniger als 8 Stunden erreichen konnte, muß sie weiter kämpfen und sich auf weitere Kämpfe vorbereiten, um diese Errungenschaft zu verteidigen. Und der kürzere Arbeitstag vollzieht sich überall im Zeichen einer gewaltig gesteigerten Intensität der Arbeit, d.h. eines immer wachsenden Verschleißes der Nerven- und Muskelkraft.

Neunzig Jahre. Aber selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern reicht für Millionen und Millionen von Arbeiterfamilien der Lohn nicht aus, und ihre Lebensbedingungen sind so schlecht, daß sie sich tagtäglich mit der Sorge abplagen müssen, bis zur nächsten Lohnzahlung durchzukommen. Sie sind zu Überstunden, Schwarzarbeit, Doppelbeschäftigung gezwungen, um das Dasein überhaupt fristen zu können.

Neunzig Jahre sind verstrichen. Die Bourgeoisie, die herrschende Klasse, ist stolz auf die wachsende Zahl und Mannigfaltigkeit der angebotenen „Güter“ und „Dienstleistungen“. Das riesige Heer der Proletarier konnte aber nur durch den Kampf das Recht erobern, einen größeren Anteil daran zu haben. Und vergleicht man diesen Anteil mit dem Gesamtumfang der produzierten „Güter“ und „Dienstleistungen“, so ist er nach wie vor minimal.

Dieses Recht wurde außerdem mit der Tatsache der Krisen bezahlt, diese immer wiederkehrenden gesellschaftlichen Epidemien, die, wie der Marxismus wissenschaftlich vorausgesehen hat, die scheinbare bzw. hinausposaunte Sicherheit des Lebens in Ungewißheit verwandeln und alles, was unantastbar schien oder als unantastbar ausgegeben wurde, in Luft auflösen: An die Stelle des „sicheren Arbeitspostens“ treten Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, an die Stelle des „sicheren Einkommens“ unsichere Löhne, deren Abstand zu den unaufhaltsam steigenden Lebenshaltungskosten immer größer wird.

Der 1. Mai 1979 wird vor dem Hintergrund einer internationalen Lage gefeiert, die wieder einmal das „Kommunistische Manifest“ von 1848 bestätigt: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krise? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also?

Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert“. Deshalb bezahlte die Arbeiterklasse aller Länder 90 Jahre unsicherer „verbriefter Rechte“ mit der Katastrophe von zwei grausamen Weltkriegen und einer endlosen Reihe lokaler Kriege, während sich heute die Zeichen für neue und noch schrecklichere zukünftige Zusammenstöße mehren.

Die harten Tatsachen selbst haben die verlogenen Phrasen über die Vorteile des kapitalistischen Fortschritts entlarvt. Mit diesem Lügengebilde stürzen auch die Phrasen des Arbeiterreformismus, die ihm als Stütze dienten, zusammen.

Die erste, sozialdemokratische Fassung dieses Reformismus lehrte den Proletariern, daß es nicht nötig sei, den bürgerlichen Staat zu vernichten, um den Emanzipationskampf gegen das Kapital siegreich zu führen. Er sagte, daß man diesen Staat nur zu reformieren hätte: Um diese Reformen durchzuführen, mußte man durch eine geduldige Arbeit einen Posten nach dem anderen „innerhalb des Systems“ erobern.

Eine modernere Fassung dieses Reformismus wird von den stalinistischen Parteien (selbst wenn sie, wie die Eurokommunisten, dabei sind, ihre Ursprünge zu verleugnen) vertreten und als „kommunistisch“ ausgegeben. Sie beschränkt sich nicht darauf, den Sozialismus als das Ergebnis einer fortschreitenden Erweiterung der demokratischen Rechte und Institutionen darzustellen, sondern geht weit darüber hinaus. Schon die I. Arbeiterinternationale hatte in ihren Statuten festgehalten, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht“. Doch gerade dies leugnet der Reformismus. Er lehrt dem Proletariat, seine Befreiung stelle ein „lokales und nationales“ Problem dar, das man voller Respekt vor der gegenseitigen nationalen Unabhängigkeit in jedem Land für sich lösen müsse. Während für den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels die Proletarier von der Geschichte berufen sind, die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft zu sein, möchte der Reformismus in seinen beiden Fassungen die Arbeiterklasse mit ihrem Schicksal in dieser Gesellschaft versöhnen, sie an den Kapitalismus ketten.

Die Proletarier - schrieb das „Kommunistische Manifest“ - haben in der kommunistischen Revolution „nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen“. Dem entgegen möchte der Reformismus das Proletariat in einen ergebenen Sklaven der bestehenden Produktionswei-

se, in einen Diener des Vaterlandes verwandeln - voller Furcht vor Gott und Ehrfurcht vor dem Gesetz.

PROLETARIER!

Die falschen Arbeiterparteien und Arbeitergewerkschaften rufen heute, wo noch Frieden herrscht, zur „Sozialpartnerschaft“, zur nationalen Solidarität auf. Solche Aufrufe sind ein Vorspiel für die Mobilisierung im Zeichen der nationalen Solidarität für den imperialistischen Krieg.

Es gibt aber einen einzigen Krieg, der gerecht ist und vom Proletariat geführt werden muß: der Krieg gegen das Kapital. Und Lösungen wie „Opfer“, „Verantwortung für die Wirtschaft“, „partnerschaftliche Auseinandersetzung“ usw. bedeuten die Entwaffnung des Proletariats für diesen Krieg, wie die Verpflichtung zur Einhaltung der demokratischen Spielregeln einer Verzichtserklärung gleichkommt: Verzicht auf den einzigen, unentrinnbaren, von der Geschichte vorgeschriebenen Weg, um zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, zu gelangen; Verzicht auf den Weg der proletarischen Revolution und der proletarischen Diktatur unter Führung der revolutionären Klassenpartei.

Die Preisgabe dieses Zieles, das keine Berührungspunkte mit den Zielen der demokratischen Ideologie hat, die Preisgabe der Methoden, die der Kampf, um dieses Ziel zu erreichen, gebietet, und die ihrer Natur nach im Gegensatz zu den legalistischen, pazifistischen und versöhnlichen Methoden des Reformismus stehen; die Preisgabe der politischen und organisatorischen Selbstständigkeit, ohne die die Arbeiterklasse unter keinen Umständen als Klasse gegen die geballte Macht der besitzenden Klassen kämpfen kann; die Preisgabe des proletarischen Internationalismus zugunsten eines elenden Lokalpatriotismus und bürgerlichen Nationalismus schlechthin - all dies macht das Proletariat wehrlos, zersplittert es und läßt es ohne Führung selbst für den täglichen Widerstandskrieg gegen das Kapital, bindet seine Hände nicht nur im Hinblick auf den revolutionären Angriff von morgen, sondern auch auf die elementare Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen heute.

1. Mai 1979. Die Gedenktagen von Chicago und mit ihnen alle anonymen Märtyrer von anderthalb Jahrhunderten des proletarischen Klassenkampfes in allen Ländern verlangen, daß man ihrer auf eine einzige Weise gedenkt:

Durch die Wiederaufnahme des unabhängigen Klassenkampfes!

FÜR DIE PROLETARISCHE REVOLUTION!

FÜR DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

FÜR DEN KUNNUNISMUS!

GEGENÜBER DER EINHEITSFRONT VON KAPITAL UND GEWERKSCHAFTSAPPARAT:

KONSEQUENTE VORBEREITUNG EINER SELBSTÄNDIGEN KAMPFBEWEGUNG !

Die Tarifrunde '79 ist abgeschlossen und brachte - wie alle Blätter des Kapitals mit Triumph betonen - die niedrigsten Lohnabschlüsse seit 1968. Damit wurde der Lohnbetrug von 1978 voll wiederholt: Im letzten Jahr stiegen deshalb die Profite doppelt so schnell wie die Löhne. Daran soll sich also auch in der Zukunft nichts ändern.

Vom internationalen Kapital bestaunt, hat sich die traute Einheitfront von Kapital, Staat und Gewerkschaftsapparat wieder einmal bewährt. Und erst vor dem Hintergrund verschiedener Arbeitskämpfe in anderen Ländern läßt sich dieser Sieg des deutschen Kapitals richtig einschätzen: Während in England, den USA und Frankreich - um nur die wichtigsten Länder zu nennen - militante Streikaktionen der Arbeiter das staatliche Konzept einer "freiwilligen" Lohnbeschränkung zerstören, gelingt in Westdeutschland trotz massiver Streikaktion im Stahlbereich eben die Fortsetzung des Lohnabbaus.

Dieser Erfolg im "Modell Deutschland" wäre ohne die Politik der Gewerkschaftsapparate undenkbar. Gerade in der jüngsten Lohnrunde bewiesen sie ihre in langjähriger Erfahrung erworbene Meisterschaft. Nachdem im September 1977 auf dem 12. Gewerkschaftstag der IG Metall Loderer und seine Mannen die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche trotz aller Geschäftsordnungstricks nicht abblocken konnten, bekam die Gewerkschaftsspitze durch den Druck der Basis dieses heiße Eisen auf den Tisch. Es war klar, daß eine solche Forderung zum Streik führen mußte. Auch wenn sich einige Funktionäre und sogar die SPD lauthals für diese Forderung stark zu machen schienen, so ließen sie in der Praxis nichts unversucht, um den Erfolg zu hintertreiben. Nicht zufällig wählte man deshalb die Stahlbranche aus, die in den letzten Jahren sicher nicht ihre besten Geschäfte gemacht hatte - hier waren die niedrigsten Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die rasant verdienende Autoindustrie ließ man mit Bedacht außen vor. Aber nicht genug, daß man sich allein auf den Stahlbereich konzentrierte: die IG Metall unterließ auch jede militante Vorbereitung auf den anstehenden Streik. Erst die massive Streikbereitschaft von 87% machte die Funktionäre etwas reger, allerdings vor allem um die unruhige Basis besser kontrollieren zu können.

Vermeintlich um die Kasse zu schonen, erklärte die IGM in ausgewählten Schwerpunkten den Streik und zwang den Rest zum Stillhalten. In zahlreichen Resolutionen mußten dort die kampfbereiten Arbeiter vielmehr um Streikerlaubnis nachsuchen - bis die Kapitalisten diesem Trauerspiel durch ihre Massenaussperrung ein Ende machten. Einem Großteil der Stahlarbeiter wurde so durch die gemeinsame Aktion von Funktionären und Managern die Initiative aus der Hand geschlagen. Und als die Gewerkschaftsführung in der Schluphase des Streiks aufgrund des anhaltenden Drucks der Basis fünf Wochen nach Streikbeginn endlich am 3.1.79 weitere Betriebe in den Streik einbezog, war dies nichts als billiger Theaterdonner, da der Abschluß schon beschlossene Sache war. Denn die gemeinsame Marschrichtung von Gewerkschaftsbossen und Arbeitgeber war schon längst festgelegt auf der Grundlage der ersten faulen Kompromißvorschläge, die zum Teil noch günstiger waren, als das spätere Ergebnis.

Schon sehr bald zeigte die Gewerkschaftsführung eine auffällige Eile, den Streik zu beenden. Die wachsende Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter drohte das ganz auf Spitzengespräche abgestellte Konzept zu verderben, lautstarker Protest der Arbeiter machte den Herren hinter ihren verschlossenen Türen die traute Atmosphäre zusehends schwieriger. Am 20. Dezember 1978 war die große Tarifkommission schon zum Tarifaufschluß bereit. Nur der Protest von rd. 500 anwesenden Stahlarbeitern verhinderte dies. Widerwillig setzte die IGM den Streik über Weihnachten fort. Die Militanz der Arbeiter machte die Gewerkschaftsbosse immer nervöser, und umso dringender arbeiteten sie auf das Ende des Streiks hin. Am 8. Januar erfolgte der "Durchbruch". Mit vereinten Kräften von Kapital, Staat und Gewerkschaftsapparat war das erreicht, was erreicht werden sollte:

4% Lohnerhöhung auf 15 Monate, d.h. 3,2% auf ein Jahr,
6 Wochen Urlaub stufenweise bis 1983, d.h. für 70% aller Beschäftigten (über 30 Jahre) nur 3 Tage mehr,
3 Freischichten für ältere Arbeiter, 6 Freischichten für Nachtarbeiter.

Dieses Ergebnis "entspricht der Struktur des Diskussionsvorschlages, den der Vermittler im Tarifkonflikt, der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann, am 30. Dezember 1978 unterbreitet hatte" - so hieß es in einer IGM-Mitteilung. Aber selbst das stimmte nur halb: festgehalten werden muß nämlich, daß diese kläglichen Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedin-

gungen der Stahlarbeiter schon bei der ersten Vermittlung Mitte Dezember hätten erzielt werden können, was damals aber eben durch den massiven Protest der Basis verhindert werden konnte.

Entsprechend groß war die Wut bei vielen Streikenden, denn sie mußten erkennen, daß sie zum größten Teil für die Katz den Streik durchgestanden hatten.

Sofort nach dem offiziellen Zuspruch der großen Tarifkommission (87:38) - auch jetzt wieder "gestört" durch Demonstrationen von Kollegen -, aber noch vor der Urabstimmung setzte die Gewerkschaftsführung alles daran, den Streik zu beenden, vor allem um Auswirkungen auf andere Branchen, besonders der Autoindustrie, zu verhindern. Noch während der Vorbereitung zur Urabstimmung begannen die Vorarbeiten, um sofort die Produktion wieder aufnehmen zu können. Die Streikfront wurde so abgebaut, bevor der Abbruch von den Stahlarbeitern beschlossen war. Die Urabstimmung vom 11.1 brachte eine starke Abfuhr für die Gewerkschaftsführung: Fast so viele Arbeiter lehnten den Vertrag ab, wie ihm nach offiziellen Zahlen zustimmten. Nachträglich hat sich allerdings der Verdacht verdichtet, daß sogar hierbei nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein soll: Zwei Journalisten, die sich die Mühe machten, die Stimmen der verschiedenen Städte herauszufinden und zu addieren, kamen zu folgendem verblüffendem Ergebnis: Jetzt ergaben sich mehr ablehnende als befürwortende Stimmen. Natürlich hätte auch dies nichts am Streikende geändert, denn bekanntlich bedarf es dafür entgegen allen sonst heiligen Demokratieformeln nur einer Minderheit von 25%. So haben die Erfinder dieser für die Arbeiterklasse absurden Regelung durchweg die Gewähr, daß eine wenig streikbereite Minderheit die Mehrheit unter ihr Diktat zwingen kann. Und wann sollte sich unter den heutigen Bedingungen der allgemeinen Hetze gegen jeglichen Streik diese Zahl von schwankenden und unsicheren Arbeitern unter Druck des Gewerkschaftsapparates nicht ergeben? Diese Spielregeln sind von den Herrschenden bewußt dazu erdacht, um im Zweifelsfall eine kampfbereite Arbeiterschaft an die Kette der unsicheren Kantonisten zu legen, während der Mechanismus der geheimen Abstimmung überhaupt die kämpferischen Arbeiter daran hindern soll, die anderen für den Kampf anzufeuern und mit sich zu ziehen.

Einmal im schwächsten Teil der deutschen Wirtschaft den Abschluß gefunden, hatten die anderen Bezirke und Gewerkschaften nichts eiligeres zu tun, als diese "Errungenschaft" bei sich durchzusetzen. Dies auch, obwohl in anderen Branchen die Geschäftslage durchweg weit rosiger war. Schließlich befindet sich die deutsche Industrie in einem allgemeinen Aufschwung. Und durch die Militanz der Stahlarbeiter klug geworden, verzogen sich die Gewerkschaftsfunktionäre jetzt wieder hinter verschlossene Türen, um wie gewohnt schnell zu einem das Kapital voll befriedigenden Abschluß zu kommen.

Typisch sind hier die Vorgänge in der Metallindustrie Hessens, wo man dem Lohn der Gewerkschaftsführung gegen die Forderungen der Arbeiter und Angestellten gleichsam die Spitze aufsetzte: Jetzt sprach man zwar auch von 35-Stunden-Woche, aber nur noch insoweit, als man in den nächsten fünf Jahren nichts mehr in dieser Richtung unternehmen wollte.

Die restlichen Tarifverträge waren genauso reine Formsache. Alle richteten sich nach der Vorgabe im Stahlbereich.

So skandalös die diesjährige Tarifrunde auch war, in der betriebenen Taktik blieb sich die Gewerkschaftsführung treu. Sie praktizierte schon immer das miese Schmierentheater von Tarifgesprächen am grünen Tisch, nur selten unterbrochen von gelegentlichen Streiks. Und auch diese waren vor allem dazu gedacht, die Arbeiter sich gleichsam austoben zu lassen. Solange das Kapital sich Lohnzugeständnisse noch in gewissem Maße leisten konnte, gelang es auch, die Arbeiter an die gewohnte Kandare zu nehmen. Aber hier hat sich seit der Wirtschaftskrise 1973/74 grundlegendes geändert. International verschärfte Konkurrenz-kämpfe bei sinkender Profitrate haben den Spielraum für materielle Zugeständnisse auf Dauer zusammenschumpfen lassen. Und nicht nur das: Rationalisierung und die (freilich noch erst in den Anfängen stehende) radikale Umstellung des Arbeitsprozesses durch die elektronische Revolution haben in jeder Beziehung die Ausbeutung spürbar verschärft. Ständige hohe Arbeitslosigkeit, Abgruppierung verschärfte Arbeitshetze, wachsende Unsicherheit bis zur offenen Angst sind die Resultate. Trotz aller Phrasen haben die bestehenden Gewerkschaftsapparate keine andere Aufgabe, als diesen Abbau der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse im Zeichen der Ideologie der Sozialpartnerschaft abzusagen und nach unten durchzusetzen. Damit hat sich die Möglichkeit für die Gewerkschaftsführung,

sich gegenüber der "Basis" als "ihre Vertretung" zu profilieren, grundlegend gewandelt. Das wurde im diesjährigen Streik überdeutlich. Schon lange war der Protest gegen einen Tarifabschluß nicht mehr so stark gewesen wie jetzt. Kaum je hatte sich das Mißtrauen und der Unmut der Arbeiter so offen gezeigt. Die Streikinszenierung als der bislang gewohnte Sturm im Wasserglas hatte genau den entgegengesetzten Effekt hervorgerufen: Jetzt gelang es nicht, durch den zugelassenen Streik den Unmut zu kanalisieren. Vielmehr erzeugte der Streik mit wachsender Dauer eine steigende Radikalisierung bei der Belegschaft. Und die Wut richtete sich nicht allein gegen das Kapital, sondern auch gegen die Gewerkschaftsführung. Denn zu offensichtlich war ihr mieses Spiel, um den Erfolg des Streiks zu hintertreiben. Zu mickrig waren die Lohnabschlüsse angesichts der jahrelangen Misere. Die Belegschaften zeigten wie lange nicht mehr ihre selbstbewußte Kampfbereitschaft, ihren offenen Willen zum Widerstand gegen die Angriffe der Kapitalisten.

Sie sahen sich dabei aber im Stich gelassen von ihren vermeintlichen Vertretern. Mehr noch, sie mußten erleben, wie alle Verbindungswege, die von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche, von Ort zu Ort, von einem Brennpunkt der Kampfbereitschaft zum anderen führen, vom Gewerkschaftsapparat verstopft sind, wie dieser Apparat wie ein Sperrriegel jede Abteilung der Arbeiterklasse von der anderen trennt. Sie mußten erleben, wie dieser Apparat dadurch, daß er die Streikgelder verwaltet und darüber verfügt, ein Erpressungsmittel in der Hand hat, von dem er ausgiebig Gebrauch macht, aber nicht, um die Unternehmer in die Kniee zu zwingen, sondern um die Streikbereitschaft der Basis zurückzuhalten.

Der Unmut in den Betrieben findet zunächst einen nur keimhaften praktischen Ausdruck in Form einer Kritik an Streikleitung, Vorstand, Satzung und Bestimmungen namentlich der IG Metall. Und obwohl all dies noch weit entfernt ist von einer eigenständigen Klassenbewegung und letztendlich keine Befreiung des Proletariats aus den legalen Fesseln der offiziellen Gewerkschaftspolitik bedeutet, haben die Bonzen sofort begriffen, daß hier der wunde Punkt sich offenbart. Um dagegen anzugehen verfügt die eingespielte Gewerkschaftsbürokratie, die nicht zufällig wie ein stalinistischer Zwangsapparat organisiert ist, über ein beträchtliches Register. In der IGM hat eine eifrige Tätigkeit begonnen, um angesichts des Protestes im Stahlbereich die Vertrauensleute überall durch intensive Schulung wieder an die Kette zu legen. Die Verpflichtung der Vertrauensleute, die Verhandlungsergebnisse in den Betrieben zu "erklären" und durchzusetzen und darüberhinaus im Rahmen der "demokratischen Mitbestimmungsrechte" die gewerkschaftlichen Betriebs(friedens)räte zu unterstützen, soll die wichtigste Aufgabe der Vertrauensleute sein. Nicht Organisation der Gewerkschaftsmitglieder zum Zwecke des Kampfes, sondern der verlängerte Arm für die Betriebsräte zu sein, ist das erklärte Gewerkschaftsziel für die Vertrauensleute. Die IG-Chemie-Führung versucht gar für die Zukunft die Einsetzung von Vertrauensleuten von oben durchzusetzen: Damit wären alle Gewerkschaftsvertreter von der Führung eingesetzt und kontrolliert, was ganz im Sinne einer Politik ist, die anstelle der materiellen Interessen der Arbeiter "immaterielle" Forderungen wie Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Investitionskontrolle usw., d.h. einen reformistischen Kurs der Unterordnung der Arbeiter unter das Profitstreben des Kapital verfolgt.

Daß diese Rechnung sicher nicht so glatt aufgehen wird, haben die positiven Kampfsätze des Stahlarbeiterstreiks erneut bewiesen. Und je offener sich der asoziale Charakter des Kapitalismus durch die veränderten Bedingungen seit der Krise zeigen muß, je weniger die Dreifaltigkeit von Kapital, Staat und bestehendem Gewerkschaftswesen durch ihre offensichtliche Arbeitsteilung ihre traute Kumpagnei verbergen kann, desto stärker wird die Arbeiterschaft gezwungen werden, die Verteidigung der Arbeits- und Lebensinteressen in die eigenen Hände zu nehmen, desto schneller werden die jahrzehntelang eingehämmerten Illusionen über Sozialpartnerschaft und soziale Marktwirtschaft sich verflüchtigen. Hier zeigt sich erst richtig die Zwickmühle der Gewerkschaftsspitze: Je mehr sie ihre eigentliche Aufgabe wahrnimmt, umso offener muß sie zukünftige Streiks um ihren Erfolg bringen, umso schärfer muß sie die verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen nach unten durchdrücken.

Wenn auch nicht kurzfristig, so stehen die Zeichen doch auf Sturm. Die Unternehmer müssen Löhne abbauen und durch forcierte Rationalisierung wachsende Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze durchzusetzen versuchen. Der Widerstand dagegen muß wachsen - und ebenso die Brems- und Ablenkungsfunktion des DGB gegen-

über diesem Widerstand. Aber andererseits wird die offensichtliche Kampfverhinderung durch den Gewerkschaftsapparat zwangsläufig eine Welle selbständiger, sog. "wilder" Streiks provozieren. Und das sind dann Streiks ohne Vorankündigung, ohne "Startschuß von oben" und ohne Gremiengemauschelei - Streiks, die keine Rücksicht nehmen auf den "Tariffrieden", die "Wirtschaft" und die sog. "öffentliche Meinung", kurz auf die Interessen der Kapitalisten. Auf die ernsthafte Vorbereitung dieser Streiks, auf deren Organisation und Erweiterung gilt es sich zu konzentrieren.

Im gewissen Sinne muß die Arbeiterklasse wieder von vorne anfangen. Konnte sie in ihren Anfängen eine solidarische Kampfgemeinschaft nur gegen den massiven Widerstand von Staat und Kapital erstreiten, so sorgt heute ein riesiger Apparat für die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Profitbedürfnisse des Kapitals. Der heutige Gewerkschaftsapparat ist nichts anderes als eine mit der kapitalistischen Wirtschaft und dem Staat eng verflochtene "gelbe" Gewerkschaft. Und wie diese frühere Kampfform des Kapitals gegen die Arbeiterbewegung, trägt sie zwar einen traditionellen Namen, hat aber mit dem ursprünglichen Kampforgan nichts gemein.

Dieses gilt es, wenn nicht unbedingt in der Form, so doch dem Inhalt nach wieder zu erneuern. Und dies kann nur das harte und langfristige Ergebnis eines Kampfes auf der Grundlage echter Arbeiterforderungen, auf der Grundlage von Kampfmethoden, die einen echten Druck auf das Kapital bedeuten, sein. Wachsende Vereinigung der Arbeiterklasse im Kampf, für den Kampf und durch den Kampf, außerhalb der Kontrolle durch die Gewerkschaftsbürokratie ist nur möglich auf der Grundlage von Forderungen, die allen Arbeitern gemeinsam sind und ihre Klassen-solidarität fördern:

- effektive Lohnerhöhungen, und zwar höher für die schlechter bezahlten Gruppen,
- Kürzung des Arbeitstages bei vollem Lohnausgleich,
- voller Lohn bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit,
- Mindestlohn für arbeitslose Schulabgänger,
- Herabsetzung des Arbeitstempas,
- gleiche Rechte und Arbeitsbedingungen für die ausländischen Arbeiter,
- keine Benachteiligung der arbeitenden Frauen,
- gegen Entlassungen.

Diese Forderungen kann man aber nur durchsetzen, wenn man die geeigneten Mittel anwendet:

- breiter, unbefristeter Streik ohne Vorwarnung,
- starke Streikposten,
- Zusammenfassung aller Lohnkämpfe,
- aktive Solidarität,
- Organisation von Streikkassen,
- Organisation des proletarischen Selbstschutzes bei jedem Angriff auf die Arbeiter.

Im Hinblick darauf muß man im Betrieb und über die Grenzen der einzelnen Betriebe, Branchen, Städte und Gewerkschaften hinaus arbeiten - "sektiererisch" gegenüber dem Kapital und den Gewerkschaftsfunktionären, ohne jegliches "Sektierertum" gegenüber den Proletariern, die, welcher politischen Gesinnung sie auch immer sein mögen, bereit sind, den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen vorzubereiten und zu führen.

o o

Texte der Internationalen Kommunistischen Partei
Nr. 2

Revolution und Konterrevolution in Rußland

Warum Rußland nicht sozialistisch ist
Der Marxismus und Rußland
94 Seiten/DM 3,-

Presserechtlich verantwortlich
und Kontaktadresse:
Helmut Tamm
Obentrautstr. 32 - 1 Berlin 61

Druck: Movimento Druck
Waldemarstr. 33 - Berlin